

## Einleitung

Der Sender Freies Berlin wurde am 12. November 1953 als öffentlich-rechtliche Anstalt gegründet. Seine Gründung war das Ergebnis langwieriger parteipolitischer Verhandlungen und eines zähen Ringens mit den Alliierten, die einen eigenen Berliner Sender zunächst nicht für notwendig hielten, sondern vielmehr ihr mediales Monopol in Gestalt des RIAS gefährdet sahen.

Nach endlosen Diskussionen, Briefwechseln und Pressekampagnen, während derer verschiedene Modelle für einen Berliner Sender angedacht wurden, entschieden sich die relevanten Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus schließlich doch für die öffentlich-rechtliche Variante und nicht für die Gründung eines Privatsenders.

Jürgen Habermas hatte im "Strukturwandel der Öffentlichkeit" bereits 1962 die Organisation von Rundfunk und Fernsehen als öffentliche Körperschaften wie folgt begründet:

"...Aber immerhin gaben die Erfahrungen mit einer zur Konzentration tendierenden Presse Anlaß genug, zu verhindern, daß sich die "natürlichen Monopole" des Rundfunks und des Fernsehens in Form privatwirtschaftlicher Unternehmen entwickelten ...In England, Frankreich und Deutschland wurden diese Medien als öffentliche und halböffentliche Körperschaften organisiert, weil anders ihre publizistische gegenüber der privatkapitalistischen Funktion nicht hätte ausreichend geschützt werden können."<sup>1</sup>

Die Presselandschaft in Berlin bestand zu diesem Zeitpunkt im Wesentlichen aus dem "Tagesspiegel", dem "Abend", dem "Spandauer Volksblatt" und der Springer-Presse, vertreten durch die "Berliner Morgenpost", die "Welt", die "Bild" und die "BZ" - die Konzentration war hier relativ weit fortgeschritten. Diese

---

<sup>1</sup>Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt a.M. 1962, Neuauflage von 1990, S. 283

Tatsache spielte bei der Frage, ob der neue Sender privat oder öffentlich sein sollte, aber keine Rolle. Es ging nicht darum, die publizistische Funktion des Mediums vor der privatkapitalistischen zu schützen; wichtig war vor allem eins, und darin war sich die Presse einig: einen deutschen Sender zu fordern, der ein Gegengewicht zum kommunistischen "Berliner Sender" bilden konnte.

"Die Forderung nach einem eigenen Berliner Sender entspringt der allgemein gefühlten Notwendigkeit, die Stellung Berlins im "Kalten Krieg" angesichts der Begünstigung der östlichen Propaganda durch den Kopenhagener Wellenplan zu stärken und den Anforderungen der Sonderstellung Berlins gerecht zu werden..."<sup>2</sup>

Bei der Gründung des SFB als öffentlich-rechtliche Anstalt wurde die Politik von der bereits existierenden medialen Öffentlichkeit funktionalisiert. Die Berliner Presse, allen voran der *Tagesspiegel*, forcierte in Artikeln und Kommentaren die Gründung des Senders und brachte die politischen Parteien, SPD, CDU und FDP, sich in der Sache zu engagieren und Stellung zu beziehen. Die Presse hatte in diesem Fall die Funktion, die disparaten Interessen der Parteien und Verbände auszugleichen und sozusagen im "Auftrag der Berliner" einen eigenen Sender für die Stadt zu fordern. Über das Engagement der politischen Parteien wiederum war es möglich, eine öffentlich-rechtliche Anstalt als Ziel zu deklarieren, denn die Gründung eines privaten Senders wäre von den Alliierten nicht genehmigt worden. Stattdessen verfolgten sie das Ziel, eine "Anstalt des öffentlichen Rechts" nach englischem Vorbild aufzubauen, wie es Hugh Carlton Greene mit dem NWDR bereits getan hatte.

Der Versuch der Parteien, Kontrolle über den Rundfunk zu erhalten, stand im Gegensatz zu den eigentlichen Vorstellungen Greenes: nach seinen Vorstellungen sollte der öffentliche Rundfunk gekennzeichnet sein durch Unabhängigkeit, Unvoreingenommenheit und Toleranz. Er sollte "...staatlichen

---

<sup>2</sup>Gesetzentwurf Hansemann (Nov. 1950), SFB-Akten, zitiert in: Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 147

und parteipolitischen Zwängen soweit wie möglich entzogen sein.“<sup>3</sup> Für die Parteien hingegen war der Schutz der publizistischen Funktion vor der privatkapitalistischen weniger ausschlaggebend als der Versuch der Synthese von publizistischer und politischer Funktion.

Zum ersten Mal wurde eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit einem erklärten politischen Ziel gegründet. Dieses lautete, die Stellung Berlins gegen die östliche Propaganda zu stärken, der Stimme Berlins innerhalb der westlichen Welt, insbesondere in Hinblick auf seine Rolle als künftige deutsche Hauptstadt, stärkeres Gewicht zu verleihen.<sup>4</sup> Dies bedeutete, daß man nicht gewillt war, sich mit der Teilung Deutschlands und dem Viermächte-Status Berlins abzufinden. Der Sender des “freien” Berlin, oder, wie man andersherum auch sagen konnte, der Sender für ein “freies” Berlin, sollte explizit ideologisch-politische Funktionen erfüllen.

Der öffentlich-rechtliche Charakter der Anstalt leitete sich dabei aus drei Merkmalen ab: erstens der finanziellen Absicherung durch Hörergebühren, d.h. eine Art freiwillige “Steuer” bei Nutzung des Angebots; zweitens der Gemeinnützigkeit und drittens der Zusammensetzung des Rundfunkrates als oberstem Gremium, das den Intendanten wählt und wirtschaftliche und programmliche Kontrolle ausübt. Der Rundfunkrat setzte sich - und dies ist im Wesentlichen bis heute unverändert - aus Vertretern von fünf Parteien und 20 gesellschaftlichen Verbänden zusammen. Eine Einschätzung der Rolle von Verbänden und Parteien in der repräsentativen Demokratie gibt Habermas in “Strukturwandel der Öffentlichkeit”:

“...Daher bleiben Verbände und Parteien grundsätzlich private Vereinigungen; manche sind nicht einmal in Form rechtsfähiger Vereine organisiert und nehmen gleichwohl an der Besetzung öffentlicher Positionen teil. Sie üben nämlich auch

---

<sup>3</sup>Hugh Carlton Greene im NWDR am 15.11.1948; aus: Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Hugh-Greene>, gesehen am 2.10.06, 21.30 Uhr

<sup>4</sup>Vgl. Gesetzentwurf Hansemann, s.o., S. 147

Funktionen der politischen Öffentlichkeit aus und stehen unter deren Anspruch: den auf die staatliche Gewalt ausgeübten gesellschaftlichen Druck, über ein bloßes Gewaltverhältnis hinaus, zu legitimieren. So haben die Verbände faktisch die Schranken des bürgerlichen Vereinsrechts gesprengt; ihr deklariertes Ziel ist die Umwandlung privater Interessen vieler einzelner in ein gemeinsames öffentliches Interesse, die glaubwürdige Repräsentation und Demonstration des Verbandsinteresses als eines allgemeinen.”<sup>5</sup>

Auf den Rundfunkrat bezogen, heißt dies, daß hier die Summe vieler privater Interessen, der verschiedenen Gruppierungen wie Beamte, Kirchenmitglieder, Bauern, Eltern usw. scheinbar umgewandelt wird in ein öffentliches Interesse, nämlich das Interesse an der medialen Versorgung. Dabei findet eine Vermischung von Parteien und Verbänden statt; die Positionen des Vertreters der katholischen Kirche sind in der Regel identisch mit denen der CDU, die des Gewerkschaftsvertreters mit denen der SPD. Der Programmausschuss, der gewählt wird aus Vertretern des Rundfunkrates, hat die Aufgabe, das Programm zu kontrollieren und ggf. zu kritisieren. Die Geschäftsführung ist dem Rundfunkrat rechenschaftspflichtig. Obwohl die Sitzungen des Rundfunkrats öffentlich sind, ist das öffentliche Interesse in der Regel nicht groß. Es gab aber in der Geschichte des SFB Fälle, in denen der Rundfunkrat nicht nur im Hintergrund wirkte, sondern erkennbar im Sinne der Politik agierte: bei der Abwahl des Intendanten Barsig, der keinen Rückhalt mehr in seiner Partei, der SPD, fand, wurde das Interesse der die Parteien flankierenden Verbände an dessen Ersatz durch den CDU-Mann Lothar Loewe, der in dem “roten Chaoten-Sender” durchgreifen sollte, als ein allgemeines Interesse, nämlich das der gebührend zahlenden Hörer und Zuschauer hingestellt.

---

<sup>5</sup>Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt a. M. 1962, Neuauflage 1990, S. 297

Das "öffentliche Interesse" - oder auch das "Gemeinwohl"<sup>6</sup> - war also mit der Gründung des SFB als antikommunistisch definiert. Ich möchte nun der Frage nachgehen, inwieweit sich durch historische Ereignisse und soziale Bewegungen das öffentliche Interesse gewandelt hat und ob der Sender Freies Berlin diesen Wandel mit vollzogen hat. Am Beispiel der Berliner Abendschau möchte ich nachweisen, daß ein gegenseitiger Wechsel im Verhältnis zwischen Medium und Ereignis besteht, d.h. daß die Abendschau durch das Was und Wie ihrer Berichterstattung politischen Einfluß ausgeübt hat und auf der anderen Seite Parteien und Verbände die Abendschau zur Darstellung ihrer politischen Ziele nutzten.

Die Sendung begann als buntes Regionalmagazin mit "weichen" Themen - wann wurde sie politisch? Wie fand die Politik Eingang in die Sendung? Wie waren die Themen aufbereitet, welche Botschaft wurde verkündet? Die Abendschau war seit der zunehmenden Verbreitung des Fernsehens in den sechziger Jahren in Berlin konkurrenzlos; sie war die Hauptinformationsquelle für die Bewohner der Stadt. Welche Synergieeffekte gab es mit der im Übrigen die öffentliche Meinung dominierenden Springer-Presse?

Der Journalist Matthias Walden, lange Jahre Chefkomentator des SFB, wechselte 1980 als Mitherausgeber zu Springers "Welt". Was war im SFB passiert, daß ein sogenannter Kalter Krieger einen Sender verließ, welcher von seinem Auftrag her dem Kalten Krieg verpflichtet war?

Der SFB hat sich gewandelt - von einem Frontstadtsender in einen sogenannten Rotfunk. Auch wenn diese von der Springer-Presse erfundene Bezeichnung unsachlich war, so kann man doch sagen, daß der Sender sich im Laufe der Zeit immer mehr nach links orientiert hat. Eine Schlüsselfunktion für den Wandel des SFB hatte die Studentenbewegung inne, die eng verbunden war mit der besonderen Situation Westberlins nach dem Mauer-Bau. Hier

---

<sup>6</sup> "Öffentliches Interesse" und "Gemeinwohl" sind Ausdruck des langfristigen Kapitalinteresses; vgl. dazu Oskar Negt/Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung, Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 1972, S. 183

möchte ich untersuchen, wie das reformerische Gedankengut Einzug hielt in das Rundfunkprogramm des SFB und in sein Drittes Fernsehprogramm, während die die öffentliche Meinung bestimmende Abendschau den konservativen Kurs beibehielt. Dazu der *Spiegel* im Jahre 1972:

“Konservativen Geist strahlt die Regionalschau schon durch ihre Themenwahl aus...”Abendschau“-Moderatoren entschuldigen sich, wenn die Politik im Vordergrund steht.”<sup>7</sup>

Eine zentrale Forderung der Studentenbewegung lautete: “Enteignet Springer!” Die Studenten waren, mit der geballten Macht der verzerrenden Darstellung konfrontiert, zu der Überzeugung gelangt, daß die Macht über die öffentliche Meinung der Schlüssel zur Revolution sei. Der von den Produktionsmitteln getrennte Arbeiter fand sein Pendant im von den medialen Mitteln ausgeschlossenen Studenten. Die symbolischen Aktionen vor dem Springer-Haus, die Anti-Springer-Kampagne waren der Beginn der Gegenöffentlichkeit der Studentenbewegung, die anfangen, sich und ihre Aktionen zu inszenieren, um über die Präsenz in den Medien ihren politischen Forderungen Gehör zu verschaffen. Nach dem Motto “Eine schlechte Werbung ist besser als gar keine” wurde die Berichterstattung in der Abendschau zwar als Hetze kritisiert, andererseits konnte man auf diesem Wege überhaupt erst seine Ideen an die Öffentlichkeit tragen. Die Abendschau reagierte, wie man es von einem bürgerlichen Medium erwartet: sie berichtete, denn eine nachrichtliche Sendung lebt von Sensationen und Neuigkeiten, aber sie berichtete einseitig. “... Der Beobachter (und das können auch die Organisationen im System der Massenmedien sein)...gewinnt Freiheiten in der Themenwahl und vor allem: im Weglassen von Informationen. Er braucht sich nicht allein durch die Wahrheit motivieren zu lassen und sich damit von Vorgaben abhängig zu machen. Er kann auch falsche oder möglicherweise falsche Informationen bringen, wenn er

---

<sup>7</sup> Der SPIEGEL, 20/1972, zitiert nach: “Rundfunkpolitik in Berlin: Politische Einflußnahmen auf die “Berliner Abendschau” und den Sender Freies Berlin, Berlin 1988, S. 44

die Funktion im Auge behält und den Sensationswert gegen das Risiko möglicher Aufdeckung abwägt.”<sup>8</sup>

Die Funktion einer Fehlinformation wäre z.B. die Darstellung der Studenten als rücksichtslose, gewalttätige Demonstranten, wie sie im Abendschau-Bericht über die Schlacht am Tegeler Weg<sup>9</sup> enthalten war, mit dem Ziel, die Zuschauer emotional gegen die Studentenproteste aufzubringen. Der Sensationswert, die Verletzung eines Polizisten, war in jedem Fall so hoch, daß das Risiko der Aufdeckung einer möglichen Fehlinformation als zu vernachlässigende Größe bewertet wurde.

Die Abendschau, und das werde ich an verschiedenen Stellen belegen, bediente sich erkennbar (qua Moderation) und verdeckt (qua Bildbericht und Kommentar) der Manipulation, um gegen die neue politische Bewegung Front zu machen.

“Es (das Fernsehen, Anm. d. Verf.) kann das, was geschieht, (zum Beispiel...eine Demonstration) weder vor dem Geschehen noch nach dem Geschehen photographieren, sondern nur gleichzeitig. Auch hier gibt es zahlreiche Möglichkeiten des gestaltenden Eingriffs - Aufnahme mit mehreren Kameras und Montage, Wahl der Perspektive und der Bildausschnitte und natürlich: Auswahl der für die Sendung ausgewählten Geschehnisse und Auswahl der Sendezeit.”<sup>10</sup>

Ein Ziel dieser Arbeit ist, nachzuweisen, wie der “gestaltende Eingriff” bei der Abendschau funktionierte, welche Geschehnisse und welche Bildausschnitte gewählt wurden, um die Studenten in einem negativen Licht erscheinen zu lassen.

Dazu habe ich alle Abendschauen ausgewertet, die sich thematisch mit der Studentenbewegung befassen. In Ermangelung der Moderationen - sie sind bis

---

<sup>8</sup>Vgl. Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, Westdeutscher Verlag 1995, 3. Auflage von 2004, S.30

<sup>9</sup> Berliner Abendschau vom 4.11.1968, SFB-Fernseharchiv

<sup>10</sup>Niklas Luhmann, die Realität der Massenmedien, S. 79

auf wenige Kommentare, von denen noch Manuskripte existieren, nicht erhalten - muß ich mich hierbei auf die Berichte konzentrieren. Auch hier ist im ungünstigsten Fall nur das Bild, nicht aber der Kommentar-Ton erhalten. Das sogenannte "APO"-Sammelband des SFB bietet aber einen Querschnitt über die entscheidenden Beiträge dieser Periode.

Von den Manuskripten sind leider auch nur einige wenige in einem im Deutschen Rundfunk-Archiv befindlichen "APO"-Ordner enthalten; vor der Sprengung des Bunkers in der Masurenallee (ehemaliger Sende-Bunker des "Großdeutschen Rundfunks") nach dem Verkauf des Geländes im Jahre 2001 wurden jede Menge Akten und Manuskripte weggeworfen und vernichtet. In dem Maße, wie die Abendschau die "schweigende Mehrheit" bzw. die "nicht rasonierende Öffentlichkeit", wie Habermas sie nennt, in ihrem Antikommunismus bestärkte, wurden andere Redaktionen des SFB von der Studentenbewegung infiltriert. Auf ein Ereignis wie den Tod von Benno Ohnesorg reagierten Fernsehen und Hörfunk diametral entgegengesetzt; die Abendschau rechtfertigte das Vorgehen der Polizei bis zu einem vorgezogenen Freispruch für den Polizisten Kurras; der Hörfunk, der von überwiegend jungen Reportern gestaltet wurde, sah die Chance, sich an dieser Stelle in eine andere Richtung zu profilieren.

Die Studenten wiederum erkannten, daß der SFB nicht in seiner Gesamtheit konservativ war; sie nutzten die Schneise, die schon durch die freie Mitarbeit von Autoren wie Enzensberger und Meinhof im Rundfunk geschlagen worden war, zu einer Kraftprobe, als der neue Intendant, Franz Barsig, sein Amt antrat, indem sie Sendezeit für die APO forderten. Dabei leiteten sie diesen Anspruch daraus ab, daß die Studenten als gesellschaftliche Gruppe in den Gremien des Senders nicht vertreten seien. Somit sahen sie sich als Interessengruppe im Sinne der bürgerlichen Öffentlichkeit und nicht als Vorreiter einer "proletarischen Öffentlichkeit", wie sie von Negt und Kluge definiert wurde.

Gegenstand meiner Untersuchung ist, ob und in welchem Ausmaß sich der SFB seit den Anfängen der Studentenbewegung bis hin zur Hausbesetzerbewegung



an der Schaffung von "Gegenöffentlichkeit", also der Alternative zur herrschenden bürgerlichen Öffentlichkeit, beteiligte. Nimmt man mit Habermas an, daß der Idealzustand eines herrschaftsfreien Diskurses, die bürgerliche Öffentlichkeit, sich durch das Aufkommen der Massenmedien "refeudalisierte", stellt sich die Frage, ob der SFB als öffentlich-rechtliches Medium der "vermachteten Öffentlichkeit" angehörte oder ob er trotz seiner institutionalisierten Rolle zur auf Veränderung ausgerichteten Diskurs-Öffentlichkeit gehörte.

Bei dem Begriff der Öffentlichkeit, den Habermas entwickelt, ist zu berücksichtigen, daß der Diskurs der in Interessenverbänden organisierten Bürger nur solange emanzipatorisch und herrschaftsfrei war, wie das Bürgertum nicht durch den Besitz der Produktionsmittel selbst einen Machtfaktor darstellte, der in der Lage war, die öffentliche Meinung in seinem Sinne zu lenken.

In der vorliegenden Arbeit möchte ich darstellen, daß der SFB ein Propagandasender war, der **nicht** nominell unter staatlicher Kontrolle stand, aber daß die Konstruktion der öffentlich-rechtlichen Anstalt von herrschenden Parteien und Verbänden als Mittel genutzt wurde, politischen Einfluß zu nehmen und der aufgrund sich wandelnder gesellschaftlicher Strukturen und sozialer Bewegungen die Transformation in einen Sender mit basisdemokratischen Zügen vollzogen hat.<sup>11</sup> Dabei steht die Frage im Vordergrund, inwieweit ein als politisches Anti-Propagandainstrument und damit als Propaganda-Instrument gedachter und funktionierender Sender sich durch die veränderte offizielle Politik zum einen - Wandel durch Annäherung - und die inoffizielle - die APO - dahingehend verändert hat, daß er zum "Unterstützer" neuer sozialer Bewegungen wie z.B. der Hausbesetzerbewegung mutierte. Die öffentlich-rechtliche Anstalt SFB deckte sich nicht mehr mit den politischen Zielen der Stadt: im umgekehrt proportionalen Sinne zu der von der Springer-Presse

---

<sup>11</sup> Am 13.2.1986 wurde im Rundfunkrat ein Abwahlenantrag gegen den Intendanten Lothar Loewe gestellt, nachdem die Personalversammlung gegen Loewe votiert hatte - ein bis dato einmaliger Vorgang in der ARD (vgl. "Mehr als ein halbes Leben - 50 Jahre Sender Freies Berlin", S. 62)

beherrschten öffentlichen Meinung entwickelte sich der Sender nach "links", d.h. es gab ein politisches Selbstverständnis unter den Redakteuren und Autoren bis hin zu den Kameraleuten, das sich gewissermaßen in der Tradition der 68er Bewegung sah. Daß dieser Trend bis in die neunziger Jahre anhielt, wies Barbara Witte in ihrer Arbeit "Politische Inhalte und mediale Form am Exempel Jugendfunk und neue soziale Bewegungen"<sup>12</sup> nach.

Über den SFB als öffentlich-rechtliche Institution - seine Geschichte und seine politische Rolle - gibt es bislang keine Publikationen. Die Dissertation von Erik Heinrich "Vom NWDR zum SFB" beschäftigt sich mit der Vorgeschichte der Gründung des Senders. In "Kalter Krieg im Äther" thematisiert Klaus Arnold den Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR. Maral Herbst hat in ihrer Arbeit mit dem Titel "Demokratie und Maulkorb - Der deutsche Rundfunk in Berlin zwischen Staatsgründung und Mauerbau" die Entwicklung der beiden rundfunkpolitischen Systeme beschrieben, indem sie den Berliner Rundfunk mit dem Sender Freies Berlin verglich.

Eine interessante Grundlage bietet die Arbeit von Alexander Feist "Rundfunkpolitik in Berlin: politische Einflußnahmen auf die "Berliner Abendschau" und den Sender Freies Berlin". Feist hat untersucht, wie Parteien und Verbände seit Gründung des SFB versucht haben, auf verschiedenen Wegen Einfluß auf das Programm, insbesondere auf die Berliner Abendschau, zu nehmen: zum einen über den Rundfunkrat, zum anderen über das Abgeordnetenhaus und einzelne Parteipolitiker, zum dritten über die Berliner Presse. Im Extremfall geschah dies in Personalunion: Klaus-Rüdiger Landowsky war in den achtziger Jahren Vorsitzender der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Mitglied des Rundfunkrates und hatte außerdem beste Kontakte zur Springer-Presse. Feist hat den Untersuchungszeitraum 1958-88

---

<sup>12</sup> Barbara Witte, Politische Inhalte und mediale Form am Exempel Jugendfunk und neue soziale Bewegungen, Berlin 1998

gewählt und einige exemplarische Fälle geschildert, in denen es vor allem in den siebziger und achtziger Jahren zu parteipolitischen Angriffen auf die Abendschau kam.

Mich interessiert nun die direkte oder indirekte politische Einflußnahme durch die Abendschau an den Fallbeispielen "Kalter Krieg" und "Studentenbewegung", die immanente Wandlung der Sendung in den siebziger Jahren als Reaktion auf die externen gesellschaftlichen Veränderungen, die Funktion des Dritten Fernsehprogramms in Hinblick auf die Assimilation und Funktionalisierung der sozialen Bewegungen und die Entwicklung des SFB-Rundfunks zum sogenannten Rotfunk, da dies in der Form noch nicht untersucht wurde.

Einen aufschlußreichen Bezugspunkt bietet die umfangreiche Studie von Harold Hurwitz über die politische Kultur der Westberliner Bevölkerung in den 50er und 60er Jahren. Er weist nach, daß es einen grundsätzlichen antikommunistischen Konsens gab, der von der Springer-Presse bedient und forciert wurde.

Herauszufinden, inwieweit die Berliner Abendschau dies ebenfalls tat, wird einen Teil meiner Arbeit darstellen.

Was die Forschung zur Studentenbewegung anbelangt, so kann diese nur teilweise in der "Rückschau" in die Arbeit Eingang finden, denn hier stehen die authentischen Geschehnisse zum Ist-Zeitpunkt und ihre Darstellung durch die Medien Fernsehen und Hörfunk im Vordergrund.

Man kann den SFB getrost als "Gedächtnis" der Stadt bezeichnen, als Chronisten der Geschichte Berlins seit 1954. Der SFB hat über Ereignisse berichtet, die öffentlich wahrgenommen wurden; umgekehrt hat er durch seine Berichte die öffentliche Wahrnehmung beeinflusst. Die Auswahl der Themen, über die berichtet wurde, sowie die Art der Berichterstattung waren subjektiv. Da das, was den Zuschauer erreicht und erreicht hat, nur ein Resultat und nicht

der eigentliche Produktionsvorgang ist,<sup>13</sup> ist die Sichtung der Archive von besonderer Bedeutung:

“Die wirkliche, geschichtliche Gestalt des Fernsehens, das Zeitgefühl seiner spezifischen Produktionsweise, ließe sich eher aus den Archivbeständen als in der einzelnen Bildschirmsehung analysieren. Die im Fernsehen in zahllosem Material und in Form von Informationen akkumulierte gesellschaftliche Erfahrung ist in dieser zusammenhängenden Gestalt - die, was Geschichte und Gesamtgesellschaftlichkeit betrifft, eine “Vogelperspektive” wäre - nur für Experten zugänglich...<sup>14</sup>

Im Archiv des Senders sind sämtliche Rundfunk- und Fernsehsehdungen erfaßt und ausgewertet. Dagegen ist der “eigentliche Produktionsvorgang”, also das vollständige Kameramaterial, bis auf wenige Ausnahmen nicht erhalten. Ich bin bei meiner Recherche, was die Fernsehsehdungen anbelangt, chronologisch - also Jahr für Jahr, Tag für Tag, vorgegangen. Auf diese Art habe ich mir einen Überblick über die Themen verschafft und nachvollzogen, auf welche Weise relevante politische Ereignisse, wie z.B. die Teilung der Stadt, Eingang in das Programm fanden. Dabei läßt sich das “Zeitgefühl der spezifischen Produktionsweise” an der Verdichtung bestimmter Themen erkennen. Bei Eingabe eines Datums in das hauseigene elektronische Fernseh-Archivsystem erscheinen alle Sendungen, die der SFB an diesem Tag produziert hat. Ab dem Jahre 1958 war dies von Montag bis Freitag die Abendschau, ebenso wie das “Berliner Fenster”, eine Reihe, die in lockerer Folge erschien, ebenso wie das “Mitteldeutsche Tagebuch”. Diese Sendungen sind allesamt von Archivaren ausgewertet worden, der Inhalt wurde stichwortartig wiedergegeben. Ich habe zunächst alle Sendungen herausgesucht, in denen politische Ereignisse behandelt wurden. Diese habe

---

<sup>13</sup> Vg. Oskar Negt/Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung, Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 1972, S. 181

<sup>14</sup>Ebd.

ich dann nochmals nach Thematik geordnet, indem ich im Inhaltsverzeichnis Begriffe wie "Studentische Demonstration", "Streik der Publizisten" oder "Prozeß gegen Fritz Teufel" auswählte. Anschließend sichtete ich die im SFB-Fernseharchiv befindlichen Sendebänder und transkribierte den Kommentatoren- bzw. Moderatorentext. Bei der Auswertung habe ich insbesondere auf sogenannte Text/Bild-Scheren geachtet, d.h. ich habe versucht, herauszufinden, wann der Text mit dem im Bild Gezeigten nicht identisch war. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß es zwei Methoden gibt, einen Beitrag zu fertigen: entweder schneidet man erst die Bilder und schreibt dann den Text, oder man hat bereits einen Text und schneidet dazu die mehr oder weniger passenden Bilder. Beide Wege beinhalten einen hohen subjektiven Faktor, haben im Ergebnis aber die Wirkung der Objektivität. Beim Heraussuchen des Hörfunkmaterials bin ich zunächst ebenfalls chronologisch vorgegangen und habe die Archivordner, die für die fünfziger Jahre existieren, nach der Erwähnung politischer Ereignisse, Reden etc. durchforstet. Für die späteren Jahre habe ich im elektronischen Archiv gezielt Schlagwörter wie "Studentenbewegung" eingegeben. Dann erscheinen alle Sendungen des jeweiligen Jahres, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Schließlich habe ich die Sendungen selektiert, die mir am ehesten geeignet schienen, den jeweiligen Diskurs abzubilden, wie z.B. "Die Gewalt in der Opposition". Ich entlieh die Bänder aus dem Schallarchiv und ließ sie von hilfsbereiten Kollegen auf CD umspielen, um sie abhören und transkribieren zu können. Indem ich sowohl Hörfunk- als auch Fernsehmaterial zu denselben Ereignissen abgehört und gesichtet habe, hatte ich die Möglichkeit, einen Vergleich zwischen beiden Medien anzustellen. Wie bereits erwähnt, ist die Aussagekraft des Abendschau-Materials dadurch eingeschränkt, daß die Studio-Moderationen und Kommentare erst ab 1980 aufgezeichnet wurden. Es sind nur einige wenige Manuskripte dazu im Deutschen Rundfunkarchiv erhalten.

Auch zum Thema "Studentenbewegung" sind nur wenige Unterlagen im DRA aufzufinden; diese sind in einem sogenannten APO-Ordner abgeheftet. Hier finden sich zum Thema "Kalter Krieg" und "APO" auch unsortiert Manuskripte der "Aktuellen Kamera" des Deutschen Fernsehfunks (DFF). Nach der Fusion von SFB und ORB im Jahre 2003 wurde hier offensichtlich alles im wahrsten Sinne "zusammengetragen". Zum Abgleich der relevanten Eckdaten habe ich SFB-eigene Publikationen, wie die Jahrbücher 1957-59 (weitere sind leider nicht vorhanden) und die Festschrift "Mehr als ein halbes Leben", herangezogen. Um Eindrücke und Schlußfolgerungen, die ich aus der Sichtung des Materials gewonnen habe, zu hinterfragen respektive zu bestätigen, führte ich diverse Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des Senders. Dies war insbesondere wichtig und aufschlußreich, was die Stimmung im Hause, also unter den Redakteuren anbelangt. Als Mitarbeiterin des Senders, die erst 1987 dazu stieß und die Belegschaft als eine recht gefestigte linke Bastion kennenlernte, die gegen den damaligen CDU-nahen Intendanten Dr. Günther von Lojewski opponierte, schildere ich die Ereignisse einerseits aus intimer Innensicht, andererseits ermöglicht die Tatsache, daß ich zur entscheidenden Zeit noch nicht im Hause war, eine objektive Sicht auf die Dinge.

Der Verlauf der Arbeit orientiert sich an der Chronologie der Ereignisse; zunächst gebe ich einen kurzen Abriß zur Geschichte des Fernsehens in Deutschland, die insofern von Bedeutung war, als es zum einen galt, eine durch den II. Weltkrieg unterbrochene technische Entwicklung fortzuführen, zum anderen im Nachkriegsdeutschland eine demokratische Neuorientierung des Rundfunks zu vollziehen. Dann skizziere ich die Vorgeschichte der Gründung des SFB bis zum Sendebeginn. Das nächste Kapitel ist der Frage gewidmet, welche Rolle der Sender in der Medienlandschaft spielte und wie er seinem Auftrag, Propagandasender im Kalten Krieg zu sein, gerecht wurde. Hierbei werden Sendungen wie das "Mitteldeutsche Tagebuch", das in der ARD ausgestrahlt wurde, untersucht.

Mit der Gründung der Berliner Abendschau im Jahre 1958 eröffneten sich neue Möglichkeiten, die Zuschauer zu erreichen; die tägliche Berichterstattung über Ereignisse in der Stadt fand trotz anfänglicher Pressekritik großen Zuspruch in der Bevölkerung. Von daher lag es nahe, sich bei der Untersuchung der medialen Funktion des SFB-Fernsehens auf die Abendschau zu konzentrieren und, gewissermaßen spiegelbildlich, die bedeutenden politischen Ereignisse der Jahre 1958-1989 an dieser Sendung festzumachen. Dabei habe ich drei Zeiträume behandelt: zunächst die Periode 1961-1966 - vom Mauerbau bis zur Studentenrevolte, anschließend den Zeitraum 1966-1968 - die Studentenbewegung selbst - und dann die Phase von der Studentenbewegung bis zur Wiedervereinigung (1969-1989). Den Schlußpunkt bildet die letzte große Programmleistung des SFB als "Westsender", die Berichterstattung über die Maueröffnung und der anschließende Weg zur (Wieder)vereinigung.